

Loring Sittler:

Warum engagieren sich (ältere) Menschen ehrenamtlich?

Vortrag (nur teilweise vorgetragen) bei der Fachtagung

Bürgerschaftliches Engagement und Integration

EFI-Bayern, Ingolstadt 7.9.2016

Einleitung

Was ich heute mit Ihnen vorhabe

Bevor wir die Frage im Titel dieses Vortrages beantworten können, gilt es, über handlungsleitende Werte nachzudenken: Im ersten Teil müssen wir uns vergewissern, von welcher Grundlage aus man sich selbst und andere motivieren kann, verantwortlich zu handeln. Was sind die Grundlagen der Gesellschaft, in die wir integrieren wollen?

Im ersten Teil meiner Rede möchte ich diese Werte in eine ein paar handgreifliche Begriffe übersetzen und politisch einordnen. Danach möchte ich Ihnen im zweiten Teil an wenigen Zahlen die gesellschaftspolitische Großwetterlage angesichts der demografischen Herausforderungen in Deutschland schildern als Hintergrund für die verschiedenen Perspektiven, von denen aus wir die Notwendigkeit des freiwilligen Engagements beleuchten wollen. Im dritten Teil werde ich einige verbreitete Fehlhaltungen skizzieren, die uns offenbar daran hindern, das vorhandene Engagementpotential besser und nachhaltiger zu nutzen.

1. Teil: Rückbesinnung auf handlungsleitende Werte und daraus abzuleitende Motive für das bE

Unserem Grundgesetz liegt wie jeder wirklichen Demokratie ein Menschenbild zugrunde. Das Menschenbild bezeichnet die Grundmerkmale, die einen Menschen von Natur aus zu einem Menschen machen und ihn vom Tier unterscheiden:

In dem aufgeregten Tagesbetrieb und in den Medien kommt eine grundlegende Diskussion über Werte nicht vor. Es ist daher angebracht, innezuhalten und uns bewusst zu machen, was uns eigentlich bewegt, auf welcher moralischen Grundlage wir unser gemeinschaftliches Handeln aufbauen.

Da ist an erster Stelle unser Erbe aus der Aufklärung im christlichen Abendland zu nennen: Seit der Aufklärung halten wir **uns Menschen (und zwar alle!) von Natur aus für vernunftbegabt**. Wir sind fest davon überzeugt, dass jeder Mensch sich frei entscheiden kann, Dinge zu tun und zu lassen. Diese Freiheit ist politisch der oberste Wert und führt unmittelbar zu vorstaatlichen Menschenwürde. Der weltliche Staat hat diese zu achten und zu schützen (Art. 1 Grundgesetz).

Zu demselben Erbe der Aufklärung – spitzer formuliert: zum Christlichen Erbe – gehört die **Fehlbarkeit des Menschen** (Erbsünde), seine Trägheit und Feigheit, unter bestimmten Umständen das Richtige eher zu lassen als zu tun. Das wird durch schlechte gesellschaftliche Verhältnisse, durch Falschen Anpassungsdruck und Gewalt verständlich, aber nicht entschuldigt. Und daher sind wir aufgefordert, an der Verbesserung der menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mitzuarbeiten.

Der dritte Grundwert (auch in der christlichen Soziallehre) ist die **Fähigkeit zur CARITAS**, zur Nächstenliebe. Wir sprechen politisch von der **Gemeinschaftsbezogenheit** des Individuums. Man verwirklicht sich ja nicht auf einer isolierten Ego-Insel, sondern in Gemeinschaften: Zuallererst in der Familie, im Quartier, in der Gemeinde, in der Stadt, im Land und dann im (Bundes-)Staat. Dieses Eingebundensein in eine Gemeinschaft führt unmittelbar zu der sehr eng mit der Freiheit verbundenen Verantwortung des freien Menschen: Seine Freiheit ist wesentlich etwas ganz anderes als Beliebigkeit, sie ist wahrgenommene Verantwortung auf jeder der genannten Ebenen. Ohne Verantwortung keine Freiheit. Und die Verantwortung hat gerade für uns auch eine überzeitliche Dimension: Die Verantwortung vor der Schöpfung oder für die Schöpfung. Als verantwortliche Menschen sind wir gehalten, für unsere Kinder und Kindeskinde eine Nachwelt zu erhalten, die noch lebenswert ist.

Eine Antwort können wir auf die Frage im Titel meines Vortrags damit schon mal geben: Die meisten freiwillig engagierten Menschen tun das aus einer tief empfundenen gesellschaftlichen Verantwortung, aus Pflichtbewußtsein. Man mag das auch Altruismus nennen oder CARITAS. Sie sind intrinsisch, also aus sich selbst heraus zum Engagement motiviert. Verantwortung wird so zu einem Bestandteil der Selbstverwirklichung. Also vielleicht auch richtig verstandener und nicht nur kurzsichtiger Egoismus, jedenfalls kein Gegensatz zum Altruismus.

Als weiteres Motiv kommt hinzu: Man möchte etwas sinnvolles tun und auch darin einen Teil der Lebenserfüllung finden, die zu einem wahren Glück gehört. In der zwischenmenschlichen Hilfe gilt das Prinzip: Geben gibt. Wer etwas gibt, bekommt auch etwas zurück, und sei es nur das Lächeln oder ein einfaches Dankeschön. Das kann man nicht kaufen, man bekommt es nicht auf Bestellung. Auch das man egoistisch nennen, aber es ist ununterscheidbar mit dem Altruismus verbunden.

Ein weiteres Hauptmotiv – wenn man den Ergebnissen der Freiwilligensurvey folgen will – ist die immer seltener werdende Erfahrung der Selbstwirksamkeit. In einer zunehmend globalisierten Welt und in komplexen gesellschaftlichen Strukturen machen viele Menschen die Erfahrung der Ohnmacht, sie resignieren, weil sie sowieso nichts (groß) ändern können. Und wenn sie es probieren, stoßen sie auf gegenteilige Interessen, die besser organisiert oder besser sichtbar sind und gegen die Anzutreten nur Frust erzeugt.

Als weiteres wichtiges Motiv ist zu benennen: Viele Menschen sehnen sich nach einer Gemeinschaft. Nach einer Gemeinschaft, in der man sich mit Gleichgesinnten gut aufgehoben fühlt und nicht jeder gegen jeden kämpft. Auch das bringt Glücksgefühle, weil man gemeinsame Erfolge erzielt und diese auch gemeinsam feiern, Erfahrungen austauschen, einfach Mensch sein kann. Und das macht Spaß – und Spaß muss es im bürgerschaftlichen Engagement auch geben.

2. Teil: Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung

Nur vier Zahlen/Herausforderungen zur Skizzierung des demografischen Herausforderungen, vor denen wir stehen:

In den vielen Sonntagsreden heisst es immer: „ Wir werden älter, wir werden weniger, wir werden bunter“. Das ist eine harmlos klingende Aussage, die in dieser Harmlosigkeit geradezu gemeingefährlich ist:

1. Die demografisch vorausberechnete Abnahme der Erwerbsfähigen in Deutschland um 6,3 Mio bis 2030, trotz eingerechneter Zuwanderung von durchschnittlich 200.000 Personen pro Jahr, kann keine Industriegesellschaft dieser Welt ohne Einbußen aushalten: Und keiner weiß, ob wir die hohen Einwanderungszahlen halten oder steigern können und wie wir es schaffen, möglichst qualifizierte Einwanderer anzulocken. Auch die Produktivität kann nicht so schnell steigen wie die Fachkräfte abnehmen.
2. Die gleichzeitige Zunahme der Rentenempfänger um 5,8 Mio bis 2030 und die zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung um drei Monate pro Jahr stellt unser gesetzliches Rentensystem und das damit verbundene Umlageverfahren vor eine unlösbare Aufgabe. Dazu muss man nicht Mathematik studiert haben, wie Franz Müntefering immer wieder sagt. Um nur die unmittelbar bevorstehende Zukunft in Zahlen begreifbar zu machen: Die Defizite der allg. Rentenversicherungen belaufen sich 2017 auf 4 Mrd, 2018 auf 5 Mrd und 2019 auf 6 Mrd. Dann sind von der heutigen sog. Nachhaltigkeitsrücklage nur noch 14,6 Mrd übrig: Das sind 0,67 Monatszahlungen. Und die Rente mit 67 ist als solche auch keine Lösung: Bis sie Ende 2029 endgültig in Kraft getreten ist, könnten einige Erwerbsfähige zwei Jahre länger arbeiten – sie leben aber danach dann noch fast alle schon drei Jahre länger. Ein kleiner Bremseffekt, aber unzureichend. Und wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz kann auch der staatliche Zuschuss in die Rentenversicherung nicht noch weiter steigen als ohnehin schon vorgesehen. Er liegt schon heute über 100 Milliarden Euro. Dagegen wird die im Gesetz vorgesehene Absenkung des allgemeinen Renten- (sog. Sicherungs-) niveaus auf 44,6 Prozent der letzten Bezüge die Altersarmut zu einem ganz wichtigen gesamtgesellschaftlichen Problem machen. Heute sind wir noch einigermaßen davon entfernt. Wir wissen aber seit langem, dass der Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern deutlich macht, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen. (Rentenversicherungsbericht 2016, S.12)
3. Alle Fachleute sind sich einig, dass es bis 2050 fast zu einer Verdoppelung der Pflegebedürftigen (von 2,6 Mio auf 4,2 Mio) kommen wird. Das geschieht bei gleichzeitiger Abnahme des informellen/familiären Pflegepotentials, das heute noch 70% der Pflegeleistungen erbringt (vorwiegend ältere Frauen). Die Pflegeversicherung in ihrer jetzigen Form kann sich dieser Entwicklung nur stellen, wenn eine drastische Steigerung der Beiträge und eine Kürzung der Leistungen erfolgt. Keiner hat hier eine Patentlösung. Aber alle sind sich

einig, dass grundlegende Veränderungen nötig sind. Ein Nebenaspekt: Schon heute pflegen über 2 Mio Vollerwerbstätige einen oder mehrere Angehörige. Sie wenden dafür pro Woche durchschnittlich 28 Stunden auf. Der Burnout ist für diesen Personenkreis programmiert, sie erfahren viel zu wenig Unterstützung aus der Gesellschaft und aus dem ganzen System, das zudem noch hochkomplex ist.

Wie gehen wir heute diese Herausforderung an?

Im November 2014 haben wir unseren Generali Engagementatlas 2015 vorgelegt: Eine wirklich **effektive Struktur für Engagementförderung, auf die wir alle in Zukunft noch mehr angewiesen sein werden, gibt es nicht**, obwohl sicher hunderte von Millionen investiert worden sind. Aber eben nicht planmässig, sondern ein Wildwuchs aus diversen zeitlich befristeten Modellprogrammen mit einer entsprechend segmentierten Struktur der Förderung auch vor Ort für jeweils unterschiedliche Einrichtungstypen, die nicht nur untereinander schlecht bis gar nicht zusammenarbeiten, sondern um knappe Mittel konkurrieren, und auch nicht ausreichend mit Politik und Wirtschaft die strategischen Allianzen eingehen, die wir dringend brauchen, um vor Ort zu nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Bei der **Pflege haben wir ein System eingerichtet, das strukturell unterfinanziert ist**: Minutenpflege, niedrige Gehälter und Überlastung der Pflegenden, mangelhafte Unterstützung pflegender Angehöriger, Fixierungen von Dementen, insbesondere bei Hochaltrigen eine flächendeckende Übermedikation bis hin zur „terminalen Sedierung“. Ganz zu schweigen davon, dass das zwischenmenschliche Gespräch oder einfach das Handhalten ganz unter die Räder kommt, weil es keine abrechenbare medizinische Leistung ist. Auch wenn ich die Klage wegen Verletzung der Menschenwürde vor dem Bundesverfassungsgericht falsch finde: Das Anliegen, in stationären Heimen zu besseren und menschenwürdigeren Lösungen zu kommen müsste uns allen auf den Nägel brennen. Und die Besserung kann nicht der Einzelne alleine leisten – es sind die Rahmenbedingungen, die verändert werden müssen.

Und alles soll so weitergehen wie bisher, nur mit noch viel mehr Geld. Wie denn? Viel hilft hier eben nicht viel. Wir stehen insbesondere im sozialen Bereich vor einem Paradigmenwechsel – und auch vor einem gewaltigen Wechsel im Selbstverständnis und der gesellschaftlichen Funktion der Wohlfahrtsverbände und des selbstorganisierten bürgerschaftlichen Engagements

Paradigmenwechsel

In dieser Großwetterlage müssen neue, innovative Lösungen gefunden werden, um die beschriebenen Herausforderungen, das demografische Risiko, in eine große Beteiligungschance zu verwandeln. Die vorhandenen Ressourcen an Eigenverantwortung und Selbstorganisation insbesondere in Form des bürgerschaftlichen Engagements müssen besser und nachhaltiger als bisher in den Prozess der sozialen Erneuerung eingebracht werden – durchaus auch mit öffentlicher Förderung. Niemand redet von einem Rückzug des Staates: Er muss sich vielmehr

in ganz anderer Weise als bisher einbringen in einem Mix der Gemeinwohlproduktion. Dazu gleich mehr.

3. Teil: Für soziale Innovation brauchen wir eine neue Haltung

Der Chef der Charité Stiftung sagte vor einigen Jahren, dass die Frage der Innovation eine Frage der Haltung ist. Das möchte ich Ihnen gerne zustimmend erläutern und an vier grundlegend falschen Haltungen verdeutlichen.

1. Haltungsfehler: Staatsgläubigkeit und seine Perspektive auf das BE

Fixierung auf den Obrigkeitsstaat

Dieser Haltungsfehler geht durchaus bis in die kommunale Ebene hinunter, wo mancherorts nach wie vor eine Art Omnipotenzphantasie der gewählten und/oder zuständigen öffentlichen Akteure vorherrscht und eine Kooperation mit den partizipationsbereiten Bürgern und der Zivilgesellschaft verhindert – und ich hoffe, dass ich niemand hier zu nahe trete: Diese Haltung überträgt sich leicht auf die parastaatlichen Wohlfahrtsverbände, die sich als „Liga“ bezeichnen, de facto aber ein Kartell bilden und sich alleine als Hüter der Wohlfahrt sehen. Sie sind in der Versuchung, sich aus falschverstandener Konkurrenz gegen neue zivilgesellschaftliche Initiativen abzuschotten, obwohl sie schon jetzt mit den vorhandenen Aufgabe hoffnungslos überfordert sind.

Neubelebung eines alten Wertes: Subsidiarität

Wir haben vergessen, dass wir selbst der Staat sind – vor 25 Jahren hieß es noch: „Wir sind das Volk!“. Bitte rufen Sie sich immer wieder ins Gedächtnis: Die richtige Haltung hier kann nur sein: Nur wir selbst können die Menschenwürde „schützen“ im alltäglichen Leben: Durch eine aktive Gestaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen in unseren Nachbarschaften. Das ist der eigentliche demokratische und gesellschaftliche Auftrag, das ist unsere gemeinsame Verantwortung als Gemeinschaft, die wir vor dem Auseinanderfallen bewahren müssen. Blosses staatliches Geld reicht hinten und vorne nicht. Und die Schuldenbremse ist richtig: Wir dürfen unsere Kinder und Enkel nicht mit noch größeren Schulden belasten.

Einige Vertreter der Bürgergesellschaft vermuten ein politisches Komplott, bei dem der Staat seine Sozialleistungen auf Kosten der Freiwilligen einsparen will – und warnen bei jeder Gelegenheit vor einer angeblichen **Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements**. **Selbst die größte aller Seniorenorganisationen, die BAGSO, hat in ihrer Frankfurter Erklärung von 2016 matramäßig das Schlagwort „Ausfallbürge“ aufgenommen. Der Vorwurf wird dadurch nicht richtiger.**

Wenn es in unserem politischen System einen **Ausfallbürger** gibt, dann ist das der Staat selbst: Er kann mit Mühe die existenziellen Risiken (innere und äußere Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Rente) absichern, mehr **soll** er aber auch gar nicht. Was wir selbst gestalten können, **darf** er gar nicht gestalten, selbst wenn er es könnte. Das ist unser gemeinsames freiheitliches und verantwortliches Menschenbild – kein Freifahrtschein für Egoismus, sondern Grundlage für einen Appell an Alle zum Mitmachen. Dieses Subsidiaritätsprinzip ist auch der Kern der christlichen Soziallehre und gehört zum Kernbestand unserer freiheitlichen Ordnung.

2. Haltungsfehler gegenüber der Gleichgültigkeit

Und dabei müssen wir (ich sage als einer der „Zirkusdirektoren“: wir!) Engagierten es schaffen, eine schweigende und passive Mehrheit in unserer unmittelbaren Umgebung zunehmend auf unsere Seite zu ziehen und zu aktivieren. Hier spreche ich nicht nur als Einzelperson, sondern habe den Bundespräsidenten an meiner Seite.

Er hat in seiner Rede zum 9. Oktober in Leipzig 2014 zum 25. Jahrestag des Mauerfalls eindringlich vor der **Gleichgültigkeit** gewarnt – ich zitiere daraus: „Auch die Demokratie kennt Ohnmacht, oft ist es selbstverschuldete Ohnmacht, wenn der Einzelne nicht mitredet, nicht mitgestaltet, nicht zur Wahl geht, sich nicht für zuständig erklärt, obwohl über ihn und seine – unsere – Gesellschaft befunden wird. Ich weiß, dass es nicht jedem gelingt, sich etwa in einer Partei zu engagieren. Aber unsere Gesellschaft bietet doch unzählige Möglichkeiten, sich einzubringen: in Verbänden und Vereinen, in Kirchen und Gewerkschaften, in der Nachbarschaftshilfe, in Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt im engagierten Milieu der Netzgemeinde. Wir dürfen niemals vergessen, dass unsere Demokratie nicht nur bedroht ist von Extremisten und von Fanatikern und Ideologen, sondern dass sie ausgehöhlt werden und ausdörren kann, wenn die Bürger im Land sie nicht mit Leben erfüllen.“ (Zitatende)

Dem kann man nur zustimmen. Und es wäre gut, wenn in unserer Gesellschaft über solche Zitate mehr geredet wird, als über seine damals durchaus berechtigte Frage nach der Zuverlässigkeit der Linken. Da stimmt etwas nicht mit unserer politischen Kultur. Das alleine ist es nicht. Die gemeingefährliche Gleichgültigkeit ist eingebettet in eine geistige Haltung, an der wir nachhaltig Grundlegendes ändern müssen, wenn wir wirklich eine lebenswerte Zukunft haben wollen.

3. Haltungsfehler: Defizit-orientiertes Altersbild

Eine dritte gesellschaftlich weit verbreitete und fest verwurzelte Haltung muss endlich offensiv korrigiert werden: Das defizit-orientierte falsche Altersbild. Frau Bungartz-Pippig hat schon das Wesentliche zu den Potentialen des Alters gesagt. Untrennbar mit dem defizit-orientierten Altersbild gekoppelt ist asoziale Vorstellung, dass jeder im Alter beliebig lange die Beine hochlegen kann und nichts mehr beitragen muss zum Gemeinwohl. Gerade angesichts der demografischen Herausforderungen und

der rapide steigenden Zahl der Alten kann das nicht widerspruchslos hingenommen werden.

Auch hier haben wir einen tiefsitzenden gesellschaftlichen Einstellungsfehler: Uns geht's doch gut, der Staat wird's schon richten und wir Alten müssen keinen Beitrag (mehr) leisten, sondern können auf unseren Ansprüchen beharren - wider besseres Wissen: Auch wegen der notwendigen Schuldenbremse wissen wir ganz genau, dass das staatliche Manna nicht lange weiter vom Himmel regnen wird, dass unsere Verantwortung nur sein kann, unseren Kindern nicht noch mehr Schulden und unbezahlbare Aufgaben zu hinterlassen, sondern jetzt das System so zu ändern, dass es sich selbst nachhaltig trägt. Davon sind wir meilenweit entfernt: Wie heisst es so schön im Fazit des 4. Tragfähigkeitsberichts der Bundesregierung vom Februar 2016: „Zusammenfassend ergeben sich aus dem demografischen Wandel auf Basis der Projektionen erhebliche Tragfähigkeitsrisiken für die öffentlichen Finanzen, die weiterhin entschlossenes Handeln erfordern.“ (S.49)

Also: **Ein Recht auf Ruhestand gibt es nicht.** Vielmehr ist die Freiheit des Ruhestandes untrennbar mit der moralischen Verantwortung verbunden, dass die gesunden, fitten und leistungsfähigen Ruheständler sich möglichst freiwillig aktiv einbringen in ihr Gemeinwesen. Und wenn im ersten Engagementbericht der Bundesregierung von **Selbstverpflichtung** die Rede ist, sollte es statt Geheule über diese abzulehnende „Zumutung“ eine signifikante und lautstarke Zustimmung geben. Auch davon sind wir meilenweit entfernt.

Lassen Sie mich noch deutlicher werden: **Alter ist zu bewerten wie Eigentum:** Es ist gesellschaftlich und persönlich erarbeitet und erlebt worden – der gesellschaftliche Beitrag dazu ist größer, als den Meisten bewusst ist. Was wären wir ohne unsere freiheitliche Ordnung, ohne gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ohne staatlich gewährleisteten Frieden, ohne öffentlich bezahlte Bildung, ohne funktionierende Rechtsordnung, ohne medizinischen Fortschritt? Und deswegen wage ich zu behaupten: So wie Eigentum nach Artikel 14 Grundgesetz zum sozialen Gebrauch verpflichtet, so **verpflichtet auch Alter zum sozialen Gebrauch.** Ihnen hier brauche ich das nicht zu sagen. Aber Sie sollten sich dessen bewusst sein bei Akquisitionsgesprächen und nicht nur an eine caritative Grundeinstellung appellieren: Es geht um eine neue Kultur der Mitverantwortung – und da werden strategische Mitspieler gebraucht, keine Bittsteller. Das hat auch was mit Mission zu tun, so altmodisch das heute klingt. Wer selbst nicht brennt, kann auch keine anderen anzünden.

4. Collective Impact erreichen, Segmentierung überwinden

Viele von Ihnen sind bestimmt, wie die Einrichtungen der Engagementförderung, die wir im Generali Engagementatlas 2015 untersucht haben, mit der täglichen Arbeit mehr als ausgelastet: Da hat überhaupt niemand Zeit, darüber nachzudenken, welche Rahmenbedingungen neu geschaffen werden müssen, um eine intensivere Zusammenarbeit aufzubauen, darüber nachzudenken, wo man mit der eigenen Entwicklung stehen will in fünf Jahren. Wir brauchen unbedingt mehr gesellschaftliche Zusammenarbeit nicht nur mit den anderen Wohlfahrts-

organisationen, sondern auch mit der Verwaltung und mit den Unternehmen und insbesondere mit anderen bürgerschaftlichen Organisationen wie Freiwilligen-agenturen, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser etc.. Und diese Zusammenarbeit fällt nicht vom Himmel: Sie muss in mühsamer Vertrauensaufbauarbeit mühsam geleistet werden, nicht im Nebenjob. Es müssen Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung gesucht, Kompromisse eingegangen und dann auch Versprechungen eingehalten werden. Wenn wir heute nicht damit anfangen, ist es morgen zu spät.

5. Selbstverzwergung vermeiden

Ich mache den letzten hier zu erwähnenden Haltungsverzerrung zunächst an Bürgerstiftungen fest: Grob vereinfacht verharren das Selbstverständnis vieler Bürgerstiftungen in der Haltung einer sozial-caritativen Feuerwehr: überall, wo es besonders raucht und brennt, versuchen sie das Feuer zu löschen. Inzwischen brennt es aber deutlich mehr, als wir je alle zusammen löschen können. Es hat keinen Zweck, mit einem einzelnen Gartenschlauch einen Waldbrand löschen zu wollen.

Um zu einem wirklichen Brandschutz zu kommen, bedarf es einer grundlegenden Haltungsänderung in allen angesprochenen Dimensionen. Und dazu gehört, damit aufzuhören, immer als erstes darauf zu schauen, was der eigenen Organisation am meisten nutzt oder wie man selbst am besten sichtbar wird nach Außen.

Es heisst ja in vielen Sonntagsreden, dass das Engagement eine Menge „Eigensinn“ aufweist und dass das doch schön und notwendig sei. Ja und nein, sage ich dazu. Wenn der Eigensinn als Motor wirkt, die Probleme besser und wirksamer zu lösen als es bisher möglich war: Dann ist alles gut. Wenn er aber in übertriebenen Ehrgeiz und Profilsucht ausartet und dann immer nur eifersüchtig auf die eigene Souveränität und die persönliche oder organisationsbezogene eigene Sichtbarkeit geachtet wird, dann handelt es sich um eine Perversion im wahrsten Sinne des Wortes.

Abschließende Frage: Welche Rolle spielt die Monetarisierung?

Auch hier haben wir es mit einer ideologisch verbohrtten Haltung zu tun, die auch mit einer Idealisierung staatlicher Leistungsfähigkeit und einer Reduzierung des bürgerschaftlichen Engagements auf eine caritative Rolle zusammenhängt. Das sog. Ehrenamt soll absolut ohne Vergütung auskommen, sonst wäre es kein Ehrenamt.

Diese Einstellung geht vollkommen an den Realitäten vorbei und verstärkt die bisher vorherrschende Tendenz eines Mittelstandsbauchs im Engagement: Man muss es sich leisten können, sich zu engagieren. Abgesehen davon können wir nicht im Ernst erwarten, dass der Staat seine Sozialleistungen noch weiter ausweitet und auch in der Rente ist die Luft sehr dünn. Infolge der vorgesehen Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus wird die heute noch relativ geringe Altersarmut erheblich zunehmen, im Bereich der Pflege und Betreuung von hochaltrigen und Dementen wird es immer größere Lücken geben, nicht nur wegen Geldmangel in der Kranken- und Pflegeversicherung, sondern auch wegen des akuten Fachkräftemangels. In einer wissenschaftlichen Studie von Ende 2014 heisst es: „In der Gesundheits- und Krankenpflege (ohne Spezialisierung) sind 175.000 von 568.000 Fachkräften und damit jede dritte beschäftigte Person 50 Jahre und älter. In Gesundheitsberufen kommt hinzu, dass der Bedarf an Fachkräften durch die Alterung der Gesellschaft steigt. Die Nachwuchsförderung hat hier eine besonders hohe Relevanz.“

Wir brauchen also einen neuen gesamtgesellschaftlichen Aufbruch: Wie schaffen wir die lokalen und regionalen Bündnisse, die in gemeinsamer und dauerhafter Anstrengung und unter gemeinsamer politischer Prioritätensetzung jeder seine besondere Stärke einbringt, damit wir an einem Seil und in dieselbe Richtung ziehen. So haben wir heute noch ein Lilliputaner-System der Freiwilligen und ihrer nicht-regierungs-Organisationen, das den Riesen „Demografischer Wandel“ doch nicht fesseln kann.

Wenn sich nicht gewaltiges verändert in unserer Haltung gegenüber den demografischen Herausforderungen, dann brauchen wir noch viel mehr bürgerschaftliches Engagement als bisher. Nichts ist programmiert, vieles gestaltbar mit gutem Willen und Zähigkeit, Geduld und Offenheit.

Der Gründer der GLS-Bank hat gesagt:

„Die Angst vor der Zukunft, die wir befürchten, kann man nur bekämpfen durch die Gestaltung der Zukunft, die wir uns wünschen.“